

Wir bitten um Veröffentlichung folgender

Pressemitteilung

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an das
Abgeordnetenbüro * Karin Pranghofer, MdL, SPD
Goldbacher Strasse 15 * 63739 Aschaffenburg
Telefon (06021) 22244 * Telefax (06021) 27489
Email: pranghofer.buero@t-online.de, www.karin-pranghofer.de



Karin Pranghofer, MdL

Ausschuss Bildung, Jugend u. Sport

Aschaffenburg, 14.03.2007

**Raumverträglichkeit eines neuen Kraftwerks bei
Hanau (Staudinger) muss auch Bayern interessieren.
Der Kohlekraftwerksausbau von E.ON bringt
zusätzliche Umweltbelastung
vor allem für den westlichen Landkreis Aschaffenburg**

Das 1,2 Millionen Euro teure Vorhaben des Energiekonzerns E.ON, das im Kraftwerk Staudinger in Großkrotzenburg bis 2013 mit einem neuen Kohlekraftwerksblock 6 verwirklicht werden soll, hat Umweltauswirkungen auch auf den westlichen Landkreis Aschaffenburg. Insbesondere die Bevölkerung von Karlstein, Kahl, Alzenau, Wasserlos und Hörstein und anderen angrenzenden Kommunen werden von den zusätzlichen Umweltbelastungen betroffen sein.

Die SPD Landtagsabgeordnete Karin Pranghofer meint, geboten wäre die Durchführung eines länderübergreifendes Raumordnungsverfahrens. Sie will den Freistaat auffordern sich bei den zuständigen hessischen Behörden für ein länderübergreifendes Raumordnungsverfahren zum Neubau des Kraftwerksblocks 6 der E.ON in Großkrotzenburg einzusetzen und die Entscheidung der Regionalplanung bei der Regierung von Unterfranken überprüfen zu lassen. Die Regierung von Unterfranken sieht die Notwendigkeit eines Raumordnungsverfahrens als zuständige Regionalplanungsbehörde derzeit nicht.

Die Datenbasis ist erschreckend, sagt die SPD Landtagsabgeordnete Karin Pranghofer, die zusammen mit SPD Vertretern von Kahl, wie dem Bürgermeister der Gemeinde Kahl Jürgen

Seitz und der Kreistagsfraktionsvorsitzenden Brigitte Gräbner am Montag an einem SPD Strategietreffen in Hanau teilgenommen hatte.

E.ON plant einen neuen Kraftwerksblock von 1055 Megawatt und will am Kraftwerkstandort Staudinger, anstatt bisher 1,7 Millionen Tonnen, künftig 4,2 Millionen Tonnen Kohle verbrennen. Die Vorarbeiten am Kohlekraftwerk laufen seit 6 Wochen. Derzeit wird das Gelände für den Bau der riesigen Kohlelager vorbereitet.

Das Kraftwerk-Staudinger emittiert mit dem Neubau an einem Standort mehr Kohlendioxid (CO²) als 73 Millionen Fahrzeuge auf dem gesamten Autobahnnetz des Rhein Main Gebietes im Jahr insgesamt erzeugen. Angegeben wird ein Ausstoß von 5 Millionen Tonnen Kohlendioxid im Jahr. Mit einer Genehmigung des Kraftwerksblocks würde es somit zu einer Verdoppelung des CO² Ausstoßes im Rhein Main Gebiet kommen. „Unsere Klimaziele können wir abschreiben, wenn diese großindustrielle Produktion ans Netz geht, sagt Karin Pranghofer.

Für die Gesundheit der Bürger besonders problematisch ist die weitere Zunahme von Feinstaub durch den Kraftwerksneubau. In der Menge würde sich die Feinstaubmenge von jetzt ca. 1200 Tonnen auf dann 2.200 Tonnen Feinstaub verdoppeln.

Gerade weil die Region in einem hohen Maße vorbelastet ist, muss eine Gesamtbelastungsuntersuchung und ein Gesamtverfahren gemacht werden.

Bisher hat sich E.ON geweigert die Kraftwerksneukonzeption als Gesamtvorhaben bewerten zu lassen. Die Zusammenführung der Einzelverfahren und ein Raumordnungsverfahren ist aber notwendig um die Gesamtauswirkungen zu beurteilen und die Raumverträglichkeit wirklich zu untersuchen.

Karin Pranghofer beruft sich auf den Regionalplan Bayerischer Untermain.

Dort heisst es unter dem Fachziel: Technischer Umweltschutz (XII, 2.3.) „ Im Grenzbereich der Länder Bayern und Hessen am Untermain sollen zur Verbesserung der lufthygienischen

Situation umweltrelevante Planungen länderübergreifend abgestimmt werden.“ In der Begründung wird das konkretisiert und das Kraftwerk Staudinger explizit genannt: „ Der Aschaffenburg Raum, insbesondere der nordwestliche Teil des Landkreises Aschaffenburg, ist erheblich durch Immissionen aus dem hessischen Teil des Verdichtungsraumes Rhein Main vorbelastet (Kraftwerk Staudinger). Zur Verbesserung der Immissionssituation im bayerisch-hessischen Grenzbereich ist u. a. eine grenzüberschreitende Koordinierung umweltbeeinflussender Maßnahmen anzustreben.“

Die Ermittlung der Vorbelastung ist mit besonderer Sorgfalt vorzunehmen. Eine Gesamtbelastungsstudie für den östlichen/ bzw. bayerisch gesehen, westlichen Untermain ist sinnvoll. Im Vorfeld soll auch wieder die Luftmesstation in Kahl/M am Wasserturm aktiviert werden. Sie wurde 2005 vom Freistaat stillgelegt.

„Die großen Belastungen für die Region, insbesondere den westlichen Landkreis Aschaffenburg ist Aufforderung genug um ein geregeltes länderübergreifendes Verfahren einzuleiten. Auf dieses muss Bayern bestehen,“ meint die SPD Landtagsabgeordnete Karin Pranghofer. Die Stadt Hanau und Alzenau, demnächst will auch die Gemeinde Kahl einen Beschluss fassen, haben sich bereits ähnlich wie die Abgeordnete für eine länderübergreifende Abstimmungsverfahren ausgesprochen.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Pranghofer, MdL